Gremium	Termin	Status
Stadtrat	11.12.2023	öffentlich

Vorlage der Verwaltung

Verkehrsbetriebe Ludwigshafen GmbH / Rhein-Haardt-Bahn GmbH - Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur durch die Stadt Ludwigshafen

Vorlage Nr.: 20237348

ANTRAG

Der Stadtrat möge wie folgt beschließen:

- a) Der Anerkennung der in den Investitionsplänen (IPL) der Verkehrsbetriebe Ludwigshafen (VBL) (siehe Anlage 3) sowie der Rhein-Haardt-Bahn (RHB) (siehe Anlage 4) dargestellten Projekte als betriebsnotwendige Maßnahmen im Sinne des §1 Abs. 6 der Vereinbarung zur Gewährleistung einer ausreichenden fahrplanmäßigen Bedienung der Allgemeinheit im ÖPNV in der Stadt Ludwigshafen am Rhein zwischen der Stadt und den TWL vom 28.02.2020 mit Nachtrag vom 24.03.2020, gültig rückwirkend ab 01.01.2020, wird zugestimmt. Maßnahmen ohne betriebliche Notwendigkeit bedürfen einer gesonderten Genehmigung.
- b) Der Übernahme der im Investitionsplan Stand September 2023 (siehe Anlage 1) der Verkehrsbetriebe Ludwigshafen für das kommende Jahr 2024 aufgeführten Maßnahmen mit Kosten in Höhe von 21,843 Mio. EUR zzgl. 227.031 EUR für die Maßnahme V271-Wasserstofftankstelle (von 25,975 Mio. EUR aus dem Investitionsplan) durch die Stadt wird auf Grundlage des VBL-Aufsichtsratsbeschlusses vom 24.11.23 zugestimmt.
- c) Der Übernahme des anteiligen Zuschussbedarfs für RHB 2010, RHB 2010-nahe Maßnahmen und sonstige Maßnahmen für das Jahr 2024 (siehe Anlage 2) mit Kosten in Höhe von 47.300 EUR und 1,669 Mio. EUR durch die Stadt wird auf Grundlage des RHB-Aufsichtsratsbeschlusses am 24.11.23 zugestimmt.
- d) Die Bereiche Tiefbau und Finanzen werden ermächtigt in Absprache miteinander und im Rahmen der genehmigten Gesamtkosten für die VBL bzw. für die RHB im Jahr 2024 Mit-

telverschiebungen innerhalb der genehmigten Maßnahmen aus den Anlagen 1 und 2 ohne weitere einzelne Ermächtigungen durch die städtischen Gremien mit den VBL bzw. der RHB für 2024 vorzunehmen. Ein Nachweis mit Begründung der erforderlichen Budgeterhöhung muss von den VBL und der RHB der Stadt Ludwigshafen vorgelegt werden. Dies betrifft beispielsweise Kostensteigerungen einzelner Projekte, die so durch Einsparungen bei anderen genehmigten Maßnahmen des gleichen Haushaltsjahres ausgeglichen werden können. Der Stadtrat wird zu diesen Sachverhalten inhaltlich im Rahmen der Genehmigung des neuen Investitionsplans durch einen Sachstandsbericht unterrichtet.

- e) Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung nach noch erforderlicher rechtlicher Prüfung der vertraglichen Zusammenhänge und den Fall bestehender vertraglicher Verpflichtungen weitere im Rahmen der Vorlage aus Gründen der Unabweisbarkeit aus dem Finanzierungsvolumen herausgelöste Projekte ohne einen weiteren Stadtratsbeschluss zu beauftragen.

1. Vorbemerkungen

Nach der Umsetzung der ÖPNV-Neustrukturierung im Zuge von „RNV 2009“ und der damit einhergehenden Konzessionsübertragung für die Personenbeförderungsleistungen, von den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen (VBL) auf die rnv, hat sich die Funktion der VBL auf ein reines Infrastrukturunternehmen reduziert. Die im Anlagenvermögen der VBL geführte Infrastruktur wird der rnv für den Betrieb zur Verfügung gestellt und von dieser instandgehalten.

Für die Überlassung der Infrastruktur an die rnv stellt die VBL dieser ein Trassenentgelt in Rechnung, das allerdings zum ÖPNV-Verlustausgleich bei der rnv auf bis zu einem Euro reduziert werden kann. Diese Reduzierung auf 1 EUR musste in den letzten Jahren mehrfach praktiziert werden, so dass den VBL Erträge fehlen, die diese für Investitionen in ihre Infrastruktur verwenden kann.

Nach der Vereinbarung zur Gewährleistung einer ausreichenden fahrplanmäßigen Bedienung der Allgemeinheit im ÖPNV in der Stadt Ludwigshafen am Rhein zwischen der Stadt und den TWL vom 28.02.2020, mit Nachtrag vom 24.03.2020, (gültig rückwirkend ab 01.01.2020) erfolgt die Finanzierung der Instandsetzung der Infrastruktur grundsätzlich durch die VBL.

Die Stadt beauftragt die VBL, die damit sämtliche Bauherrenfunktionen der Teilmaßnahmen übernimmt und für die vollständige Abwicklung die Verantwortung trägt. Dabei ist sie berechtigt die Projektleitung und die Projektsteuerung auf Grundlage der HOAI für die Planung und der Vergabe- und Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) für die Durchführung der Teilmaßnahmen sowie die Öffentlichkeitsarbeit an die rnv als Unterauftragnehmer zu übertragen.

Die Stadt stellt sicher, dass die erforderlichen Planungsmittel zu den Teilmaßnahmen zur Verfügung stehen und übernimmt den Ausgleich der zu diesen Teilprojekten von der VBL rechnerisch und fachtechnisch geprüften Rechnungen.

2. Sachverhalt

Bei Unterschreitung bestimmter bilanztechnischer Kennzahlen des TWL-Konzerns wird die Stadt Ludwigshafen nach §1 Abs. 6 der o. a. Vereinbarung verpflichtet, im Rahmen der Daseinsvorsorge die Kosten der VBL wie auch der RHB für betriebsnotwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu übernehmen. Für die in den Anlagen dargestellten Maßnahmen wurde seitens der rnv für das Haushaltsjahr 2024 sowie nachrichtlich für 2025 bis 2028 nachfolgender Finanzbedarf angemeldet, der durch die Stadt Ludwigshafen finanziert werden soll. Seitens der Verwaltung wurden die Maßnahmen im Hinblick auf deren Unabweisbarkeit geprüft und Maß-

nahmen, die nicht als unabweisbar angesehen werden, herausgelöst. Die verbleibenden Maßnahmen werden dem Stadtrat zur Genehmigung empfohlen.

a) Infrastrukturmaßnahmen Verkehrsbetriebe Ludwigshafen 2024

Die Verkehrsbetriebe Ludwigshafen haben in ihren Investitionsplan verschiedene Maßnahmen (Anlage 1) aufgenommen, deren Umsetzung teilweise betriebsnotwendig ist. Die betriebsnotwendigen Maßnahmen sind durch die Stadt Ludwigshafen zu finanzieren. Nicht betriebsnotwendige Maßnahmen sind nicht unabweisbar und deshalb vor dem Hintergrund der aktuell strengen haushalterischen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar.

Das Finanzvolumen der betriebsnotwendigen Maßnahmen stellt sich wie folgt dar:

2024: 22,070 Mio. EUR (von 25,975 Mio. EUR gemäß IPL VBL)

Der finanzielle Ausblick für 2025 und die Folgejahre stellt sich wie folgt dar:

2025: ca. 39,530 Mio. EUR

2026: ca. 25,773 Mio. EUR

2027: ca. 11,481 Mio. EUR

2028: ca. 11,605 Mio. EUR

Abzüglich der erwarteten Zuwendungen ergibt sich für das Haushaltsjahr 2024 somit nachfolgender Investitionsbedarf für Maßnahmen der VBL:

17,911 Mio. EUR

Des Weiteren werden Verpflichtungsermächtigungen in einer Höhe von 9,7 Mio. Euro für 2025 herangezogen. Damit wird erreicht, dass die rnv Maßnahmen in 2024 beauftragen kann bevor in 2025 die Genehmigung des städtischen Haushalts erfolgt.

Prüfung und Empfehlung der Verwaltung

Bei den folgenden Projekten liegen Genehmigungen für Planungsleistungen (bis einschließlich Entwurf) vor:

- V141: Gleisverbindung Bleichstraße/K-A-Brücke
- V300: Neubau Hst. Heinrich-Pesch-Siedlung

Eine Beauftragung von weiteren Projekten bzw. weiterer Projektphasen kann aufgrund der haushalterischen Rahmenbedingungen nicht erfolgen.

Aktuell befindet sich in Prüfung, wie sich die haushalterischen Rahmenbedingungen auf folgendes Projekt auswirken:

- V250: Ausbau Linie 10, 1.BA Hohenzollernstraße

Folgende Maßnahmen können wegen nicht gegebener Unabweisbarkeit nicht zur Finanzierung empfohlen werden:

- V237: Haltestellenausstattung
- V262: LWL-Anbindung LU Süd/Ost
- V263: LWL-Anbindung LU West
- V266: Notbedienplatz LU Hbf
- V303: unvorhergesehene Notmaßnahmen

Damit ergibt sich ein Kürzungsbetrag von knapp 4 Mio. EUR. Der Kürzungsbetrag ist in der Anlage 1 berücksichtigt.

b) Infrastrukturmaßnahmen Rhein-Haardt-Bahn GmbH 2024

Die Projekte, welche die Rhein-Haardt-Bahn betreffen sind in folgende Teile untergliedert:

- RHB 2010-Maßnahmen: Brückensanierungen und Parkieranlagen
- RHB 2010-nahe Maßnahmen: Nicht technisch gesicherte Bahnübergänge
- RHB-Maßnahmen: Betriebsnotwendige Maßnahmen

Die Infrastrukturmaßnahme mit dem Arbeitstitel RHB 2010 steht kurz vor der Fertigstellung. Derzeit müssen noch nichttechnische Bahnübergänge auf der Strecke Bad Dürkheim – Oggersheim technisch gesichert werden. Über dieses Projekt hinaus ist es mittelfristig notwendig weitere Infrastrukturmaßnahmen (Anlage 2) umzusetzen, um die Betriebssicherheit der Rhein-Haardt-Bahn für die Zukunft zu gewährleisten. Diese Maßnahmen wurden beim Projekt RHB 2010 vom Zuwendungsgeber als nicht förderwürdig eingestuft und müssen somit im Nachgang umgesetzt werden. Dabei haben sich die Gesellschafter auf die in der Anlage 5c dargestellte Kostenverteilung geeinigt. Die Stadtverwaltung Ludwigshafen trägt somit bei RHB 2010-nahen Maßnahmen 43,0 %, die restlichen Anteile werden auf den Kreis Bad Dürkheim (29,3 %), den

Rhein-Pfalz-Kreis (13,75 %), die Stadtverwaltung Bad Dürkheim (10 %) sowie die Verbandsgemeinden Wachenheim (2,5 %) und Maxdorf (1,45 %) verteilt.

Der Anteil der RHB 2010 und RHB 2010-nahen Maßnahmen, den die Stadt Ludwigshafen als mittelbarer Gesellschafter an der RHB GmbH für das HH-Jahr 2024 zu finanzieren hat, beträgt:

RHB 2010 und RHB 2010-nahe: 47.300 EUR (43,0 % von 110.000 € gemäß IPL RHB)

Bei den sonstigen Maßnahmen trägt die Stadtverwaltung Ludwigshafen 32,10 %, die restlichen Anteile werden auf den Kreis Bad Dürkheim (34,91 %), den Rhein-Pfalz-Kreis (16,37 %), die Stadtverwaltung Bad Dürkheim (11,91 %) sowie die Verbandsgemeinden Wachenheim (2,98 %) und Maxdorf (1,73 %) verteilt.

Der Anteil der sonstigen Maßnahmen, den die Stadt Ludwigshafen als mittelbarer Gesellschafter an der RHB GmbH für das HH-Jahr 2024 zu finanzieren hat beträgt:

Sonstige Maßnahmen: 1,669 Mio. EUR (32,1 % von 5,764 Mio. EUR € gemäß IPL RHB)

Der Ausblick in 2025 und folgende Jahre ist nun wie folgt aufgestellt:

2025	RHB-nahe:	ca. 413.000 EUR	Sonstige Maßnahmen:	ca. 2,7 Mio. EUR
2026	RHB-nahe:	ca. 606.000 EUR	Sonstige Maßnahmen:	ca. 2,7 Mio. EUR
2027	RHB-nahe:	ca. 240.000 EUR	Sonstige Maßnahmen:	ca. 2,6 Mio. EUR
2028	RHB-nahe:	0 EUR	Sonstige Maßnahmen:	ca. 5,1 Mio. EUR

Prüfung und Empfehlung der Verwaltung

Folgende Maßnahmen können wegen nicht gegebener Unabweisbarkeit nicht zur Finanzierung empfohlen werden, da diese nicht sicherheitsrelevant sind:

- R093: Planung – Ausbau Bahnhof Maxdorf
- R096: Haltestellenausstattung RHB 2024
- R102: Neubau HSt DÜW Bf

Damit ergibt sich ein Kürzungsbetrag von knapp 100.000 EUR. Der Kürzungsbetrag ist in der Anlage 2 berücksichtigt. Sollten vertragliche Regularien doch eine finanzielle Beteiligung erfordern, sollte eine Nachbeauftragung ermöglicht werden.

3. Mittelbedarf

a) Für VBL GmbH

Haushaltsjahr		kassenmäßig
2024:	0144056200 Investitionszuschuss VBL	22.070.000 EUR

b) Für RHB GmbH

Haushaltsjahr		kassenmäßig
2024:	0144055900 Projekt RHB 2010	47.300 EUR
2024:	0144056800 Investitionszuschuss RHB	1.668.237 EUR

4. Verfügbare Mittel

Die für die Maßnahme, Investitionszuschuss VBL erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2024 in Höhe von 22.070.000 EUR auf der Investitionsnummer 0144056200 (Investitionszuschuss VBL) angemeldet und stehen unter Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung durch den Stadtrat und die ADD zur Verfügung.

Die für die Maßnahmen Projekt RHB 2010 erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2024 in Höhe von 47.300 EUR auf der Investitionsnummer 0144055900 (Projekt RHB 2010) angemeldet und stehen unter Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung durch den Stadtrat und die ADD zur Verfügung.

Die für die Maßnahmen Investitionszuschuss RHB erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2024 in Höhe von 1.668.237 EUR auf der Investitionsnummer 0144056800 (Investitionszuschuss RHB) angemeldet und stehen unter Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung durch den Stadtrat und die ADD zur Verfügung.